

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0265/2015/BV

Datum:
14.07.2015

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Kooperation der Stadt Heidelberg mit Hochschulen im
Rahmen der Landesausschreibung "Reallabor Stadt"**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 29. Juli 2015

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	23.07.2015	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg stimmt der Kooperationserklärung für das Reallabor der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in Form der in der als Anlage 05 beigefügten „Absichtserklärung zur Kooperation“ zu und dokumentiert damit die Bereitschaft der Stadt Heidelberg zur aktiven Einbindung der wissenschaftlichen Partner in die relevanten kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Kann noch nicht benannt werden. Kosten werden erst im Zuge der Projektentwicklung bekannt und eine Anmeldung für den nächsten Doppelhaushalt geprüft.	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
• gegebenenfalls zusätzliche Veranschlagung ab 2017	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Stadt Heidelberg wurde von drei Hochschulen als kommunaler Partner für Anträge zur Landesausschreibung „Wissenschaften für Nachhaltigkeit – Reallabor Stadt“ angefragt. Der Antrag muss einen Kooperationserklärung und einen Beschluss der kommunalen Gremien enthalten.

Sitzung des Gemeinderates vom 23.07.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 23.07.2015

27 Kooperation der Stadt Heidelberg mit Hochschulen im Rahmen der Landesaus-schreibung „Reallabor Stadt“ Beschlussvorlage 0265/2015/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt die Frage nach der Befangenheit.

Stadträtin Dr. Gonser und Stadtrat Steinbrenner zeigen Befangenheit an und verlassen den Sitzungsbereich.

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Dr. Detzer, Stadtrat Mumm, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Lachenauer, Stadträtin Marggraf

Stadträtin Dr. Detzer begründet den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen **Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 22.07.2015:

Wir beantragen, dass alle drei vorgeschlagenen Projekte unterstützt werden.

Stadtrat Mumm führt aus, er zweifle daran, ob die Chance für Heidelberg steigen würde, wenn alle drei Projekte beantragt würden. Er bemängelt, dass es keine Begründung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung gebe, und dass es keine Vorberatung im Ausschuss für Bildung und Kultur gegeben habe.

Stadtrat Mumm **beantragt** die

Rückverweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausschuss für Bildung und Kultur.

Erster Bürgermeister Stadel erklärt, dass die Frist für die Einreichung der Anträge bereits am 26.06.2015 abgelaufen sei und Heidelberg sich für die Formalie (Nachreichung des Gemeinderatsbeschlusses, der für die Projektanträge notwendig sei) bereits in der Fristverlängerung befinde.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung basiere aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen. Die Verwaltung könne die Dimension der Projekte noch nicht abschätzen, da die Projektbeschreibungen noch relativ vage gefasst gewesen seien, gehe aber davon aus, dass ein Projekt zu bewältigen sei.

Der Gemeinderat könne aber auch erklären, dass alle drei Anträge weiter verfolgt werden sollten. Wenn eine Priorisierung gewünscht werde, könnte er sie sich so vorstellen:

1. Das Projekt der Pädagogischen Hochschule (PH),
2. das Projekt der SRH-Hochschule Heidelberg,
3. das Projekt der Hochschule Biberach.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster kritisiert ebenfalls, dass es keine Vorberatung gegeben habe. Im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss beziehungsweise Haupt- und Finanzausschuss hätte zeitlich gesehen eine Diskussion stattfinden können.

Sie könne heute nicht beurteilen, ob die Bewerbung um 3 Projekte sinnstiftend sei.

Bürgermeister Erichson erläutert, dass das vorgeschlagene Projekt der PH „Asylsuchende – Sprachkompetenz, Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Anschluss“ in das (dezer-natsübergreifende) Aufgabenfeld der Verwaltung reiche und aufgrund der aktuellen Situation der Themen Integration, Chancengleichheit und bürgerschaftliches Engagement qualifiziert sei. Er gehe von großen Erfolgchancen für Heidelberg aus.

Stadtrat Lachenauer führt aus, da keine Vorberatung stattgefunden habe, sollten alle drei Projekte unterstützt werden.

Stadträtin Marggraf beanstandet auch, dass keine Vorberatung stattgefunden habe. Sie hätte sich wenigstens eine umfassende Begründung für die Auswahl des vorgeschlagenen PH-Projektes gewünscht.

Der Oberbürgermeister bedauert es, dass keine Vorberatung stattgefunden hat. Ihm seien Vorberatungen ebenfalls wichtig, er achte zukünftig stärker darauf.

Er ruft den Beschlussvorschlag mit der **Änderung, dass alle 3 Projekte**, die in der Beschlussvorlage DS 0265/2015/BV aufgeführt sind, **unterstützt werden sollen**, zur Abstimmung auf.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg stimmt der Kooperationserklärung in Form der in der als Anlage 05 beigefügten „Absichtserklärung zur Kooperation“ zu und dokumentiert damit die Bereitschaft der Stadt Heidelberg zur aktiven Einbindung der wissenschaftlichen Partner in die relevanten kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Es sollen alle drei Projekte unterstützt werden.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen
Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 2

Begründung:

Das Land hat unter dem Titel „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ bereits zum zweiten Mal sogenannte Reallabore ausgeschrieben, die die „Kooperation von Hochschulen beziehungsweise wissenschaftlichen Einrichtungen mit Kommunen, außerwissenschaftlichen Partnern sowie mit Bürgerinnen und Bürgern zur wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragen einer nachhaltigen Entwicklung“ verbessern sollen. An der ersten Ausschreibung hat sich das Geographische Institut der Universität Heidelberg in Kooperation mit der IBA, der Stadt und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen erfolgreich beteiligt. Seit vier Monaten wird mit dieser Förderung für einen Zeitraum von drei Jahren das „Urban Office“ finanziert, eine organisatorisch an der Uni, räumlich im Stadtplanungsamt angesiedelte Stelle (Frau Dr. West) zur Koordination begleitender wissenschaftlicher Aktivitäten zur IBA und zu IBA-Projekten.

In der zweiten Ausschreibung ist nun explizit von „Stadt“ beziehungsweise „urbanen Räumen“ die Rede. Es geht um einen Höchstbetrag von 1,2 Millionen Euro Fördersumme pro Projekt, wieder für einen Zeitraum von 3 Jahren. Förderfähig sind Sach- und Personalkosten. Antragsberechtigt sind wiederum nur Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen. Neben einer Kooperationsvereinbarung wird in dieser zweiten Ausschreibung auch ein finanzieller Beitrag und ein entsprechender Beschluss kommunaler Partner gefordert. Die Anträge mussten bis zum 26. Juni einschließlich einer Kooperationserklärung eingereicht werden. Die Erklärung muss durch einen Gemeinderatsbeschluss bestätigt werden. Aufgrund der engen Fristen in der Ausschreibung kann dieser Beschluss nachgereicht werden. Der Beschluss muss laut Ausschreibung „die Bereitschaft der kommunalen Akteure zur aktiven Einbindung der wissenschaftlichen Partner in die relevanten kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse dokumentieren.“ Die Stadt kann auch Kooperationspartner mehrerer Reallabore werden, diesbezüglich gibt es keine Beschränkung.

Die Stadt Heidelberg ist von drei Hochschulen mit den beiliegenden Projektskizzen als kommunaler Kooperationspartner angefragt worden (Anlagen 02, 03 und 04). Mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 25. Juni wurde nach erster wohlwollender Prüfung der Projektskizzen durch die Verwaltung und zur Einhaltung von Fristen allen drei Hochschulen die als Anlage 05 beigefügte „Absichtserklärung zur Kooperation“ übersandt. Inzwischen liegen der Verwaltung die vollständigen Projektanträge vor. Diese wurden wiederum geprüft und ein Entscheidungsvorschlag formuliert, der, um die Fristen der Landesausschreibung einzuhalten, noch im Juli ohne Vorberatung dem Gemeinderat vorgelegt werden muss.

„Stadt – Raum – Bildung“, SRH-Hochschule Heidelberg

Das Projekt „Stadt – Raum – Bildung“ der SRH-Hochschule Heidelberg verfolgt das Ziel eines Um- und Ausbaus lokaler Schul- und Bildungslandschaften als Chance für die nachhaltige Entwicklung bestehender Stadtquartiere. Es sind mehrere kommunale Partner vorgesehen um einen guten Landesquerschnitt abzubilden. In Heidelberg soll vor allem der IBA-Kandidat „Learning Village Bergheim“ von der Forschungsgruppe Impulse erhalten und koordiniert werden.

Die Auswertung des Antrags ergab folgendes die Stadt Heidelberg als Praxispartner betreffendes Arbeitsprogramm:

Phase A, Katalog der Fallbeispiele: In einer Auftaktveranstaltung sollen unter anderem die Stadt und die Schulleitungen Input-Vorträge als Basis für die Fallstudienbearbeitung halten. Im daran anschließenden Forschungsprozess durchlaufen Wissenschaftler, Praktiker, Stadtgesellschaft und Studierende die Schritte der Situationsanalyse, der Diskussion des Experiments, der Beobachtung und Evaluierung gemeinsam.

Interne Kolloquien sind Bestandteil dieser Phase. Spezifische Fragestellungen werden mit Vertretern der Kommune abgesprochen. Die Stadt leistet zudem Hilfestellung bei der Organisation vor Ort und die Bereitstellung des notwendigen Daten- und Grundlagenmaterials.

Phase B, Handbuch der Idealtypen: Durch Experteninterviews mit wichtigen Schlüsselpersonen sollen Chancen und Risiken der Öffnung sowie der Vernetzung zusammengetragen werden. Zwei bis drei Workshops und weitere Formate sichern die partizipative Einbindung aller Akteure. Anhand einer Gruppenbefragung der Akteure sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet sowie Erfahrungswerte und Probleme erörtert werden.

Phase C, Handlungskonzepte für den Einzelfall: Durch eine Vortragsreihe und Diskussionsforen sollen die Probleme und Konzepte der Praxispartner in den nationalen und internationalen Diskurs eingebunden werden. Die Partizipation der Nutzerseite an den Handlungskonzepten soll eine robuste Entwurfsbasis schaffen. Die kommunalen Akteure werden dabei zu Forschern, die durch die Arbeiten der Studierenden einen Perspektivwechsel auf ihre eigenen Handlungsfelder vornehmen können. In einem zweitägigen Abschlussworkshop sollen die Handlungskonzepte konkretisiert und priorisiert werden.

Die finanzielle Beteiligung der Kommunen wurde im Antrag zunächst mit 48.000 € pauschal angesetzt und soll im Projektverlauf weiter konkretisiert werden.

„Stadt als Wissenscampus“, Hochschule Biberach

Das Projekt „Stadt als Wissenscampus“ der Hochschule Biberach verfolgt das Ziel in zwei Räumen in Heidelberg (1. MTV/Campbell/Schulzentrum Mitte, 2. Neuenheimer Feld/ Landfried) Optionen für eine nachhaltige Raumentwicklung zu erarbeiten. Dabei sollen IBA-Prozesse und IBA-Projekte ergänzend qualifiziert werden mit dem besonderen Fokus auf die Konversion in der Heidelberger Südstadt. Es soll insbesondere geklärt werden, wie die Teilräume vernetzt werden können und welche Bedeutung den Freiräumen dabei zukommt.

Die Auswertung des Antrags ergab folgendes die Stadt Heidelberg als Praxispartner betreffendes Arbeitsprogramm:

Arbeitsfeld 2, Bestandsanalyse/ Mapping: Die Räume sollen durch Spaziergänge gemeinsam erkundet werden. Dabei sollen sich die Forscher mit den anderen Teilnehmern über vorhandenes Wissen und Beurteilungen austauschen.

Arbeitsfeld 3, Kampagne: In einer Projektgruppe sollen Akteursbeteiligung, Kommunikationsbausteine und temporäre Raumexperimente abgestimmt werden.

Arbeitsfeld 4, Realprojekte: Freiraumplanerische, stadtökologische und kommunikative Maßnahmen sowie von Nutzungs-, Bewirtschaftungs- und Pflegekonzepten sollen für drei auszuwählende IBA-Kandidaten abgestimmt und umgesetzt werden.

Als übergeordnete Arbeitsschritte sind 4 Planungstische (Workshops) als Meilensteine sowie halbjährliche Forschungsnetzwerktreffen zum wissenschaftlichen Austausch und Abgleich mit der Praxis vorgesehen. Der permanente Austausch der wissenschaftlichen Institute mit der Stadt Heidelberg soll durch die IBA koordiniert werden. Gemeinsame mit allen Projektpartnern soll ein übertragbarer Leitfaden entwickelt werden.

Der finanzielle Beitrag der Stadt Heidelberg soll zur Koordination der Prozesse eingesetzt werden und ist noch zu konkretisieren. Darüber hinaus ist ein Beitrag der IBA-GmbH von 100.000 € vorgesehen, zu einem Viertel als Geldzahlung und zu drei Vierteln als Aufwände im Rahmen der Kandidatenqualifizierung.

„Asylsuchende – Sprachkompetenz, Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Anschluss“, Pädagogische Hochschule Heidelberg

Das Projekt „Asylsuchende – Sprachkompetenz, Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Anschluss“ der Pädagogischen Hochschule Heidelberg verfolgt das Ziel, Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen zu definieren, bestehende Maßnahmen zu bewerten und neue Maßnahmen zu erproben. Das Projekt umfasst die Teilprojekte

- Teilprojekt I, Kompetenzen berufsschulpflichtiger Jugendlicher
- Teilprojekt II, Wege in den Arbeitsmarkt
- Teilprojekt III, Dezentrales Wohnen von Flüchtlingen
- Querschnittsprojekt, Bürgerschaftliches Engagement

Die Auswertung des Antrags ergab folgendes die Stadt Heidelberg als Praxispartner betreffendes Arbeitsprogramm:

Im Teilprojekt II ist im Rahmen von kontrollierten Experimenten die Bereitstellung von kurzzeitigen unentgeltlichen Arbeitsgelegenheiten durch die Kommune geplant. Außerdem sollen die Forschungsergebnisse mit den Praxispartnern diskutiert werden.

Im Teilprojekt III sollen Experteninterviews mit städtischen Akteuren durchgeführt sowie wiederum die Forschungsergebnisse gemeinsam diskutiert werden.

Auch im Querschnittsprojekt sind Experteninterviews und Befragungen vorgesehen.

In allen Teilprojekten sollen Runde Tische und Jahreskonferenzen gemeinsam mit den Praxispartnern vorbereitet und durchgeführt werden.

Als finanzielle Beteiligung der Kommune sind Aktivitäten des Amtes für Chancengleichheit im Teilprojekt II sowie die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für Runde Tische, Konferenzen und gegebenenfalls andere Austauschformate vorgesehen.

Entscheidungsvorschlag

Insgesamt ist auf Grundlage der Anträge der für die Stadtverwaltung entstehende Arbeitsaufwand nur schwer abzuschätzen. Es besteht jedoch die Befürchtung, dass sich der Arbeitsaufwand bei Beteiligung an mehreren zusätzlichen Reallaboren in einigen Fachämtern die vorhandenen personellen Kapazitäten überfordert. Um eine angemessene Kooperation im Sinne der Landesausschreibung zu gewährleisten wird daher die Konzentration auf ein zusätzliches Reallabor vorgeschlagen.

Die Abwägung der Arbeitsprogramme mit den inhaltlichen Bezügen zu weiteren sehr aktuellen Aufgabenfeldern der Stadt spricht aus Sicht der Verwaltung für das Reallabor „Asylsuchende“ der Pädagogischen Hochschule. Damit wäre – bei positiver Entscheidung des Auswahlgremiums des Landes – die Stadt Partner in einem weiteren Reallabor, das gemeinsam mit dem bestehenden Reallabor „Urban Office“, das unter anderem IBA-Projekte beforscht, ein breites Themenspektrum der Stadtentwicklung abdecken würde. Um Zustimmung wird gebeten.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 6		Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen Ziel/e:
QU 2		Investitionen fördern, die einen gleichermaßen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen aufweisen Ziel/e:
QU 3		Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die genannten Ziele beschreiben beispielhaft aber nicht umfassend das mit der Ausschreibung vom Land und mit den Projektanträgen von den Hochschulen verfolgte Erkenntnisinteresse.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Ausschreibung „Reallabor Stadt“
02	Projektskizze SRH-Hochschule Heidelberg (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
03	Projektskizze Hochschule Biberach (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
04	Projektskizze Pädagogische Hochschule Heidelberg (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
05	„Absichtserklärung zur Kooperation“ vom 25.06.2015 (VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)
06	Gemeinsamer Inhaltlicher Antrag der Grüne-Fraktion und CDU-Fraktion vom 22.06.2015 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 23.07.2015)